

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIII. Jahrgang, Nr. 3

März 1950

Inhalt

Vorübergehende Konjunkturabschwächung

Die Ursachen des Abebbens der Nachkriegskonjunktur — Konjunkturbelebung durch ERP-Investitionen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Das Kreditvolumen im IV. Quartal 1949 — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze; Der Verbrauch von Tabakwaren — Arbeitslage — Verkehr; Problematik einiger Tarif- und Verkehrsmaßnahmen — Außenhandel

Die Insolvenzen in Österreich seit Kriegsende

Entwicklung der Insolvenzen in den einzelnen Wirtschaftszweigen — Ursachen und Bedeutung der Insolvenzen in der Nachkriegszeit — Die Kreditschutzverbände

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Vorübergehende Konjunkturabschwächung

Trotz schönem Wetter beginnt die Frühjahrs-saison nur langsam anzulaufen. Preisdrückende Tendenzen auf verschiedenen Warenmärkten und Umsatzschrumpfungen hielten auch im Februar und im März an. Ebenso ist die winterliche Arbeitslosigkeit bisher erst verhältnismäßig wenig zurückgegangen. Andererseits hat sich die gewerbliche Produktion trotz rückläufiger Nachfrage auf bemerkenswert hohem Niveau gehalten. Auch die Ausfuhr entwickelte sich — in ihrer absoluten Höhe ist sie freilich noch völlig ungenügend — günstiger, als saisongemäß zu erwarten war.

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß die durch eine inflationistische Grundtendenz gekennzeichnete Nachkriegskonjunktur allmählich abflaut. Die in letzter Zeit sich ausbreitende „Baisse-Stimmung“ bedeutet voraussichtlich aber keine grundsätzliche Tendenzumkehr, sondern nur eine temporäre Reaktion auf die unerwartete Verzögerung der ERP-Counterpartfreigaben, deren hemmende Wirkung noch dadurch verstärkt wird, daß gleichzeitig auch die Banken nur sehr zurückhaltend Kredite gewähren.

Die Preise zeigten im Berichtsmonat weiterhin eine sinkende Tendenz. Von Mitte Februar bis Mitte

März gingen die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum um 4,1%, die Schwarzmarktpreise für Zucker um 7% und die freien Fleischpreise um durchschnittlich 15% zurück. Die Kurse der Industrieaktien sanken im März um 3,6% und die Kurse festverzinslicher Wertpapiere um 0,2%. Auch die Lebenshaltung — gemessen am Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Normalverbrauchsschema — verbilligte sich um weitere 1,5%, u. zw. infolge Preissenkungen bei Eiern, Gemüse, Tee, Kakao, Äpfeln und Möbeln, die durch Preissteigerungen bei Marmelade und Haushaltgeräten nur teilweise kompensiert wurden. Mitte März lag der Lebenshaltungskostenindex mit 507,7 (April 1945 = 100) bereits um 5,2% unter dem bisherigen Höchststand vom Dezember 1949. Da im gleichen Zeitraume infolge Nachziehens der Bäckereiarbeiterlöhne und Senkung der Lohnsteuer der Tariflohnindex um 1,2% stieg, hat sich die Preis-Lohn-Situation fühlbar entspannt.

Während sich bei Nahrungsmitteln dank einem — teilweise saisonbedingt — stark erhöhtem Angebot bereits namhafte Preissenkungen durchsetzten, ist die Preisentwicklung bei Industrieerzeugnissen noch einheitlich. Der amtliche Großhandelspreisindex für Industrierstoffe, der allerdings nur für (hauptsächlich

importabhängige) Rohstoffe repräsentativ ist, stieg im März sogar noch um 6,6%. Trotz vereinzelter Preiserhöhungen, die vorwiegend noch auf Kostenverteuerungen durch die Wechselkursanpassung vom November zurückzuführen sind, unterliegen auch die meisten Märkte für industrielle Erzeugnisse einem Preisdruck, der sich allerdings infolge der geringen Preis- und Kostenelastizität sowie der starken Konkurrenz einschränkungen auf vielen Märkten erst nach und nach stärker bemerkbar machen wird.

Der Tendenzumschwung in den Preisen wird durch die Umsatzentwicklung bestätigt. Während die Frühjahrssaison in einigen Branchen gewöhnlich schon im Februar anläuft und die Gesamtumsätze zumindest das Jänner-Niveau halten – im Jahre 1949 stiegen die Einzelhandelsumsätze von Jänner bis Februar um 14% –, sanken sie heuer in den Warenhäusern um 11% und im gesamten Einzelhandel um 5%. Die Giroumsätze der Postsparkasse, die für die Umsatztätigkeit der Produktionssphäre als repräsentativ gelten können, waren im Februar um 8,3% (im Vorjahre nur um 3,3%) niedriger als im Vormonat. Der flauere Geschäftsgang, über den nicht nur im Einzelhandel, sondern auch in den vorgelagerten Produktionsstufen geklagt wird, prägte auch der Wiener Frühjahrsmesse seinen Stempel auf, die erstmalig seit Kriegsende über enttäuschend niedrige Umsätze im In- und Auslandsgeschäfte berichtete.

Die *Arbeitslosigkeit* hat zwar bereits Mitte Februar mit 195.000 verfügbaren Stellensuchenden ihren Höhepunkt überschritten. Ende Februar wurden nur noch 189.400 und Mitte März 172.700 verfügbare Stellensuchende registriert. Erwartungsgemäß ist die Arbeitslosigkeit am stärksten im Baugewerbe zurückgegangen (in der ersten Märzhälfte sank die Gesamtzahl der Arbeitslosen um 8%, im Baugewerbe jedoch um 15%). Verglichen mit dem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosenziffern in den Wintermonaten mag die bisherige Abnahme relativ gering erscheinen und hinter den saisonmäßigen Erwartungen zurückbleiben. Tatsächlich ist die Zahl der verfügbaren Stellensuchenden heuer um etwa 60.000 höher als im gleichen Zeitabschnitt 1949. Es darf aber bei alledem nicht übersehen werden, daß die Zahl der Beschäftigten mit 1.827.000 praktisch so hoch ist wie im Vorjahre. Das Steigen der Arbeitslosigkeit entsprang also nicht einem Nachlassen der Beschäftigung, sondern dem Steigen des Angebotes an Arbeitssuchenden.

Entgegen der Entwicklung der Preise, Umsätze und Beschäftigung hat sich die *gewerbliche Produktion* bisher beachtenswert gut gehalten. Der Rückgang der Industrieproduktion von 136,9 im November auf

129,8 (1937 = 100) im Dezember war ausschließlich saisonbedingt. Die bisher verfügbaren, relativ günstigen Produktionsdaten einzelner Zweige berechtigen zu der Annahme, daß auch im Jänner und Februar trotz dem aus der Jahreszeit verständlichen Rückgang ein beachtliches Produktionsniveau gehalten wurde. Stärkere Produktionseinschränkungen infolge rückläufiger Nachfrage sind bisher nicht bekannt geworden.

Auch der *Außenhandel* entwickelte sich nicht so ungünstig, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Reduziert man die infolge der Wechselkursanpassung und wegen des Überganges zu anderen Bewertungsgrundsätzen nicht unmittelbar vergleichbaren Ausfuhrwerte der Außenhandelsstatistik auf Preisbasis 1937, so ist die Ausfuhr volumenmäßig zwar von 85 (1937 = 100) im Dezember auf 62 im Jänner zurückgegangen. Dieser Rückschlag war jedoch geringer, als saisonbedingt zu erwarten war; nach dem Saisonindex hätte nämlich die Ausfuhr auf 56 sinken können. Das Nachlassen der Binnenkonjunktur wird viele Betriebe, die bisher das risikoreiche Exportgeschäft infolge ausreichenden Absatzes im Inland vernachlässigt haben, zwingen, im Export neue Absatzmöglichkeiten zu suchen.

Die Ursachen des Abebbens der Nachkriegskonjunktur

Der Wandel von einem „Verkäufermarkt“ mit hoher und vielfach übermäßig wirksamer Nachfrage, anhaltendem Preisauftrieb und drohenden Preis-Lohn-Konflikten zu einem „Käufermarkt“ mit zunehmendem Konkurrenzdruck, sinkender Nachfrage und drohender Unterbeschäftigung kommt etwas unvermutet. Noch zu Jahresende war eher eine verschärfte inflationistische Entwicklung zu erwarten, da der seit Krieg und Kriegsende aufgestaute Bedarf nach Gütern und Leistungen aller Art erst teilweise befriedigt war, die Spannungen zwischen Preisen und Löhnen zunahmen und vielfach noch immer eine ziemliche Geldfüssigkeit zu beobachten war. Wahrscheinlich ist auch die gegenwärtige Konjunkturabschwächung nicht auf eine Krisenerwartung der Wirtschaft, sondern auf das weitgehend zufällige Zusammentreffen einzelner konjunkturremmender wirtschaftspolitischer Maßnahmen zurückzuführen.

Der den internationalen Währungsabwertungen und der österreichischen Kursanpassung folgende Preisauftrieb gefährdete nicht nur die innere Preis-Lohn-Stabilität, sondern auch den Erfolg der Kursanpassung, so daß eine *zurückhaltende Geld- und Kreditpolitik* ratsam erschien. Ihre Notwendigkeit wurde durch die international geplanten Maßnahmen

der Liberalisierung des innereuropäischen Handels und der Errichtung einer europäischen Clearing-Union noch unterstrichen, denen Österreich — ohne ein übermäßiges Abgleiten des Wechselkurses befürchten zu müssen — nur dann folgen kann, wenn die finanzielle Stabilität im Inland gesichert und von der Währungsseite ein stärkerer Druck zur Umschichtung der österreichischen Wirtschaft zugunsten des Exportes ausgeübt wird. Es ist daher verständlich, daß die verantwortlichen Währungsbehörden Zurückhaltung übten und der durch die Wechselkursanpassung, die Auszahlung von Weihnachtsremunerationen und Überbrückungshilfen sprunghaft erhöhten Kreditnachfrage der Wirtschaft nur sehr zögernd nachkamen. Die verfügbaren statistischen Unterlagen lassen allerdings erkennen, daß die Kreditinstitute noch im Jänner ihr Kreditvolumen beträchtlich (um etwa 400 Mill. S) ausweiteten. Diese Kreditexpansion mußte aber angesichts der zurückhaltenden Refinanzierungspolitik der Notenbank und mangels liquider Mittel ersten Grades — die freien Nationalbankguthaben der Kreditinstitute sind im Jänner von 454 Mill. S auf 220 Mill. S zurückgegangen — bald gedrosselt werden. Dazu kam, daß die Kreditinstitute, nachdem der Tendenzumschwung auf den Warenmärkten eingesetzt hatte, für die Sicherheit ihrer Kredite zu sorgen begannen und offenbar auch dann eine vorsichtigeren Kreditpolitik einschlugen, wenn sie noch über ausreichende Liquiditätsreserven verfügten.

Die vom Geld- und Kreditapparat erzwungene Kreditenge hätte allein noch keine Tendenzumkehr bewirken können, wenn sie nicht gleichzeitig durch die *Verzögerung des ERP-Investitionsprogramms*, das voraussichtlich erst im April anlaufen wird, entscheidend verstärkt worden wäre. Diese Verzögerung ist deshalb besonders fühlbar, weil die Betriebe, durch die bisherigen Erfahrungen gewarnt, Investitionen, die voraussichtlich durch ERP-Mittel gedeckt werden, nicht mehr wie im letzten Jahre vorfinanzieren, sondern erst dann beginnen, wenn sie tatsächlich über ERP-Mittel verfügen. Das Abwarten der endgültigen Finanzierungszusage entspringt zweifellos einem gesunden kaufmännischen Prinzip, verzögert jedoch die Investitionstätigkeit und verschärft damit den gegenwärtig flauen Geschäftsgang.

Konjunkturdrosselnd wirkt weiters die Entwicklung der *Staatseinnahmen*. Die Steuereingänge steigen trotz Investitionsbegünstigungsgesetz und Steuerermäßigungen kontinuierlich. Im Jänner und Februar 1950 gingen 1.254 Mill. S Steuern ein, d. s. um 78 Mill. S mehr, als im Voranschlag vorgesehen wurde. Da das Budget-Propositorium für das erste

Quartal 1950 etwa die gleiche Ausgabenhöhe vorsah wie der endgültige Voranschlag 1950 und nicht anzunehmen ist, daß die Ausgabensätze nennenswert überschritten wurden, dürfte sich — allerdings nur vorübergehend — in den öffentlichen Kassen ein beachtlicher Budgetüberschuß angesammelt haben, der der aktiven Geldzirkulation entzogen wurde.

Die Wirkungen dieser realen Faktoren — Kreditverknappung, Verzögerung des ERP-Investitionsprogrammes, Budgetüberschuß sowie Einkommensrückgang infolge erhöhter Arbeitslosigkeit im Baugewerbe — wurden noch durch *psychologische Reaktionen* der Wirtschaft verstärkt.

Die auch nach dem Währungsschutzgesetz anhaltenden und besonders im letzten Quartal 1949 infolge der Wechselkursanpassung verstärkten Preisauftriebenden sowie der mühelose Absatz auf den meisten Warenmärkten haben Mißverhältnisse in der Produktionsstruktur gefördert, Investitionen begünstigt, die nur bei steigenden Preisen und hoher Nachfrage rentabel waren, und zu einer spekulativ überhöhten Lagerhaltung veranlaßt. Nunmehr aber scheint sich in der Geschäftswelt immer mehr die Überzeugung durchzusetzen, daß der Höhepunkt der nachkriegsbedingten Preis- und Nachfragehochkonjunktur bereits erreicht oder sogar überschritten ist. Allein die Erwartung stabiler oder leicht sinkender Preise wirkt bereits konjunkturbremsend. Betriebe, die bisher ihr Liquiditätspotential weitgehend für laufende Geschäftstransaktionen ausgeschöpft hatten, versuchen nun, es selbst auf Kosten der Rendite zu erhöhen, risikoreiche Investitionen aufzuschieben oder überhaupt einzustellen und sich den neuen wirtschaftlichen Voraussetzungen anzupassen. Eine besondere Rolle spielen zweifellos Lagerräumung und Warenenthaltungen. In verschiedenen Branchen wird geklagt, daß der Handel die Märkte mit alten Lagerbeständen überschwemmt oder daß die Erzeugerbetriebe selbst ihre überhöhten Lagerbestände aufarbeiten, so daß der Absatz der laufenden Produktion stockt.

Die Welle psychologischer Reaktionen befindet sich erst im Anfangsstadium. Die einseitige Psychologie des „Verkäufermarktes“ und der inflationistischen Entwicklung ist überwunden. Die Wirtschaftspolitik wird daher in Zukunft so wie in der Zwischenkriegszeit schon bei relativ geringfügigem Sinken der Nachfrage und der Preise mit kumulativen psychologischen Reaktionen rechnen müssen.

Konjunkturbelebung durch ERP-Investitionen

Verschiedene Erwägungen sprechen jedoch dafür, daß die gegenwärtige Konjunkturabschwächung nur

vorübergehend sein wird. Da sie überwiegend auf monetäre Ursachen zurückzuführen ist, wird sich die Wirtschaft mit der Freigabe größerer ERP-Mittel wieder stärker beleben. Das staatliche Investitionsprogramm sieht für 1950 aus ERP-Mitteln zu finanzierende Investitionen von über 2'6 Mrd. S vor gegenüber nur 1'8 Mrd. S im Jahre 1949. Die tatsächliche durch die Freigabe von ERP-Mitteln ausgelöste Investitionstätigkeit wird jedoch bedeutend größer sein, da die Kreditinstitute im Rahmen der Investitionsfinanzierung bei der Nationalbank refinanzierbare Wiederaufbauwechsel erhalten, die ihnen eine weit über die ursprüngliche ERP-Freigabe hinausgehende Kreditexpansion ermöglichen werden. Außerdem warten viele Betriebe mit der Investition von Eigenmitteln, bis sie die Zusage von ERP-Krediten erhalten und damit den Gesamtumfang der ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel überblicken können. Es ist daher, insbesondere wenn größere ERP-Beträge auf einmal freigegeben werden und das ERP-Investitionsprogramm rasch auf volle Touren läuft, ein ruckartiger Aufschwung zu erwarten. Einzelne Arbeitsämter rechnen sogar damit, daß selbst in dem zur Zeit unterbeschäftigten Baugewerbe die Arbeitskräfte knapp werden.

Auch vom Budget werden nachfragestimulierende Wirkungen ausgehen. Der gegenwärtige Budgetüberschuß ist sicherlich nur vorübergehend. Allein die zur Zeit noch schwebende Nachziehung der Gehälter öffentlicher Beamter wird den Budgetüberschuß beträchtlich vermindern und gleichzeitig zusätzliche Einkommen schaffen, die wohl nur zum geringsten Teil gespart werden und daher die

Konsumgüternachfrage verstärken. Wenn darüber hinaus noch ein Budgetüberschuß bleibt, wird er zweifellos zur Finanzierung der im ERP-Investitionsprogramm nur teilweise berücksichtigten staatlichen Investitionswünsche herangezogen werden.

Sollte allerdings mit der Freigabe von ERP-Mitteln noch länger zugewartet werden, dann könnte sich der gegenwärtig noch mäßige Konjunkturrückschlag wohl zu einer ernsteren Krise vertiefen. Denn in dem Augenblick, wo eine *größere* Zahl von Wirtschaftssubjekten in Erwartung einer Krise zu disponieren beginnt, ist es selbst mit starken Kreditinjektionen schwierig, eine Tendenzumkehr zu erzwingen. Es schiene daher besonders wichtig, daß die Investitionstätigkeit möglichst rasch durch den Einsatz von ERP-Mitteln angeregt werde. Außerdem sollte versucht werden, die nachteiligen Rückwirkungen der Verzögerung des ERP-Investitionsprogrammes durch kompensierende konjunkturpolitische Maßnahmen möglichst abzuschwächen. In diesem Zusammenhang schiene es ratsam, die unvorhergesehene Kreditverknappung durch eine vorsichtige und vorübergehende Verflüssigung des Geldmarktes zu überbrücken.

Über diesen augenblicklichen Anlaß hinaus drängt sich mehr und mehr die Überlegung auf, ob nicht auch in Österreich — nach dem Muster anderer Staaten — eine *ständige konjunkturpolitische Kommission* eingerichtet werden sollte, deren Aufgabe es wäre, auf Grund eingehender Beobachtung und Erforschung der wirtschaftlichen Zusammenhänge konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur zu empfehlen.